

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen für Anzeigen...  
Verlag: Auer Verlag, Leipzig

Veröffentlichungen nehmen für Anzeigen...  
Verlag: Auer Verlag, Leipzig

Bestimmungen: Einmal wöchentlich. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsbereichs...  
Verlag: Auer Verlag, Leipzig Nr. 1000

Nr. 301

Sonntag, den 28. Dezember 1924

19. Jahrgang

### Eine Kundgebung für Reichspräsident Ebert.

Der Dank des Reichskabinetts und der preussischen Regierung.

Berlin, 24. Dezember. Das Reichskabinett hat gestern beschlossen, den Ausgang des Magdeburger Prozesses zum Anlaß einer Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten zu machen. Diese Vertrauenskundgebung soll am Sonntag 11 Uhr in Form eines korporativen Besuchs aller in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder beim Reichspräsidenten. Unter Führung des Reichsinnenministers und Vizetanzlers Jarres als des Vertreters des abwesenden Reichskanzlers haben sich die Minister Stresemann, Graf Ranig, Gamm, Gehler, Brauns, Oeser und Staatssekretär Joel (als Leiter des Reichsjustizministeriums) zum Reichspräsidenten begaben und ihm eine Resolution überreicht, in der ihm uneingeschränktes Vertrauen des Reichskabinetts und der Dank für sein keines patriotisches Verhalten ausgesprochen wird.

Die Kundgebung hat eine über das Persönliche hinausgehende politische Bedeutung, weil sie die tatsächlichen Feststellungen des Magdeburger Gerichts über die patriotischen und politischen Beweggründe des damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert für sein Verhalten im Januarstreik 1918 unterstreicht und die formaljuristischen Feststellungen dieser Instanz als unbeschädlich fruchtlos.

Die Kundgebung lautet:

„Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, Ihnen, Herr Reichspräsident, die Empfindung zum Ausdruck zu bringen, die uns angesichts des Schwere bewegt, das Sie in diesen Tagen zu ertragen haben. Wer an der Spitze des Deutschen Reiches steht, hat das Vaterland Wohl zu fördern und zu wahren. Wir haben zum Teil in jahrelanger Zusammenarbeit mit Ihnen Ihre Wirken kennen und Ihre Verantwortlichkeit politisch und menschlich schätzen gelernt. Auf Grund dieser Kenntnis wünschen wir Ihnen zu sagen, daß wir eifrig und ohne Unterschied der Parteistellung die Überzeugung haben, daß Ihre Tätigkeit stets dem Wohle des deutschen Vaterlands gepolten hat. Lassen Sie uns Ihnen in diesem Sinne unsere besten Wünsche für Ihre weitere Tätigkeit in Ihrem hohen, verantwortungsvollen Amte aussprechen.“

Der von Berlin abwesende Reichskanzler Marx hat, wie Vizetanzler Jarres hinzusetzte, ihn beauftragt, den Reichspräsidenten zum Ausdruck zu bringen, daß er die Empfindungen und Wünsche des Kabinetts aufrichtig teilt.

#### Die Demokratische Partei an Ebert.

Die Deutsche Demokratische Partei hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Die Unbill, die im Zusammenhang mit dem Magdeburger Prozeß Ihnen zugefügt wurde, erfüllt uns, wie alle Angehörigen der Deutschen Demokratischen Partei mit schmerzlicher Entrüstung. Ihre Witten verfolgt hat, weiß, daß Ihre vaterländische Gesinnung über alle Angriffe und Verleumdungen erhaben ist. Die Geschichte wird erweisen, daß Sie zu denen gehören, die in Stunden schwerster Gefahr unter Einsetzung Ihres Lebens und Ihres Ansehens dem Vaterlande die größten Dienste erwiesen haben.“

### Der Reichskanzler über den Vertragsbruch.

Köln, 28. Dez. Ein Vertreter der „Köln. Volkszeitung“ hatte Gelegenheit, den Reichskanzler über die Frage der Räumung der Kölner Zone zu befragen. Der Reichskanzler äußerte sich darüber u. a. wie folgt:

„Ich muß auf Ihre Frage wegen der Räumung der ersten Rheinlandzone ganz offen feststellen, daß mich der augenblickliche Stand dieser Angelegenheit mit größter Sorge erfüllt. Die alliierten Regierungen scheinen bereits entschlossen zu sein, den im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungstermin des 10. Januar nicht innezuhalten und als Grund dafür die Frage der deutschen Entwaffnung zu nennen.“

Wenn es wirklich bei dieser Wästel der Alliierten verbleibt, so fürchte ich sehr, daß das Folgen haben könnte, die mir nicht nur vom deutschen Standpunkt sondern auch vom Standpunkte des europäischen Gesamtpolitik äußerst bedauerlich erscheinen. Das jetzt zu Ende gehende Jahr schien nach all dem fruchtlosen Streik der Nachkriegszeit endlich eine Wendung zum Besseren bringen zu sollen.“

In Deutschland würde das Vertrauen auf eine solche Vertragserfüllung der Alliierten eine schwere Erschütterung erfahren und der Befriedigung Platz machen, daß der große Preis, den wir mit der Uebernahme der Lasten aus dem Dawesguthaben gezahlt haben, vergeblich gezahlt worden sei, daß also der Verhandlungswille, der die Außenpolitik der Reichsregierung geleitet hat, nicht zum Erfolge führe. Namentlich würden die besetzten Gebiete selbst, deren Wünsche für die Annahme der Londoner Vereinbarungen einen so wichtigen Faktor bilden, den Glauben an ihre Befreiung verlieren, wenn sie sehen, daß die Neue Vertragsbestimmung, die einem Teil von ihnen die Wiedereingliederung der militärischen Okkupation für den 10. Januar verspricht, von den Alliierten umgangen wird.“

Diesen folgenschweren Schritt denken die alliierten Regierungen mit deutschen Versäumnissen in der Entwaffnungsfrage begründen zu können. Ich will vom augenblicklichen Stande der Entwaffnungsfrage zunächst einmal ganz absehen und nur darauf hinweisen, was diese ganze Art der Begründung schon an und für sich bedeutet. Sie bedeutet ganz einfach die Rückkehr zur Sanktionspolitik, der doch die Londoner Konferenz endgültig das Urteil gesprochen zu haben schien. Was ist es denn anderes als eine Sanktion im verhängnisvollen Sinne der Politik der Nachkriegsjahre, wenn die Alliierten die militärische Besetzung eines großen deutschen Gebietes aufrechterhalten, weil sie einseitig, und zwar auf Grund der Berichte ihrer Kontrollorgane, feststellen, daß Deutschland ihrer Ansicht nach den geforderten Entwaffnungsforderungen noch nicht restlos nachgekommen sei? Die öffentliche Meinung sagt der ge-

samten Welt hat sich zur Zeit der Londoner Konferenz entschieden gegen jede Politik mit derartigen Mitteln ausgesprochen.“

Der Reichskanzler kam sodann auf die Verhandlungen zu sprechen, die zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen über die Aufgaben der Kontrollkommission geführt wurden und fuhr dann fort:

„Es ist mir deshalb nicht recht verständlich, wenn Lord Curzon in seinen letzten Erklärungen vor dem Oberhaus im Zusammenhang mit der Räumungsfrage davon gesprochen hat, daß Deutschland während der letzten beiden Jahre Obstruktion gegen die Militärkontrolle getrieben habe. Ich kann auf die dieser Lage beruhten deutsche Notizen an den Völkerbund verweisen. Die Note zeigt durch unüberlegliche Ruffen, daß das Deutsche Reich in völliger militärischer Ohnmacht inmitten eines stark gerüsteten Europa, während kein Mensch in der Welt kann bestreiten, daß Deutschland alle irgendwie wesentlichen Abrüstungsbedingungen erfüllt hat, daß es in einem Maße entwaffnet ist, wie dies wohl noch niemals in der Geschichte ein großes Volk über sich hat ergehen lassen müssen, und daß von irgendwelchen deutschen Angriffsmaßnahmen auch nicht im entferntesten die Möglichkeit sein kann. Es ist daher ganz unübersehlich, daß man in Deutschland in einer derartigen Begründung der Nichterfüllung eines hohen Vorwandes für die Umgehung des Versailler Vertrags sehr wird.“

#### Der Schwindel von den heimlichen Waffenlagern.

Die der französischen Presse gegebene Mitteilung, wonach der französische Ministerrat bereits jetzt die Annahme der Räumung der Kölner Zone am 10. Januar voraussetzt, nach dem Friedensvertrag von Versailles die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar voraussetzt, ist eine reine Fiktion. Die alliierten Regierungen haben in keinem ihrer öffentlichen Erklärungen die Existenz von heimlichen Waffenlagern in Deutschland behauptet. Es ist hier vollkommen unerschwinglich, anzunehmen behauptet werden kann, es sei während der Generalinspektion das Vorhandensein von neuen, bisher verheimlichten Waffenlagern festgestellt worden.“

Es kann nur immer wieder mit aller Bestimmtheit erklärt werden, daß bei den fast 1800 Kontrollbesuchen die bisher erfolgt sind, niemals überzählige und unzulässige Waffen, sei es bei der Reichswehr, sei es bei der Polizei, gefunden worden sind.“

#### Deutsch-englische Einigung über die 26 Prozent.

Wirtschaftsabteilung vom 1. Februar ab. Rotterdam, 24. Dezember. Die „Times“ und „Westminster Gazette“ berichten, daß am 1. Februar die Abführung der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren durch eine Pauschalierung mit Deutschland in Kraft treten soll. Die deutsche Einfuhrabgabe liegt bereits vor.

### Um die Räumung der Kölner Zone.

Ein Kompromiß?

Paris, 21. Dezember. Die Minister und Unterstaatssekretäre haben heute vorentschieden im Zimmer Herrtots eine Beratung gehabt. Der Justizminister Renault, der Kriegsminister General Klotz und der Arbeitsminister Petrot waren nicht zugegen, da sie der Sitzung des Senats beiwohnen mußten. Der Ministerpräsident teilte die Antwort mit, die er von der englischen Regierung über die Frage der Räumung Kölns erhalten hat. Er legte den Wortlaut eines Memorandums vor, das von der französischen Regierung als Vorschlag an Deutschland vorgeschlagen wird. In diesem Memorandum wird gesagt, daß die bisher eingetroffenen Berichte der Ueberwachungskommission bereits den Beweis für die Notwendigkeit erbringen, die Räumung der Kölner Zone noch aufzuschieben. Die neue Feststellung der Kontrollkommission über verborgene Waffenlager habe diese Auffassung nur unterkräftigen können. Ueber die Ergebnisse der Untersuchungen und die notwendigen Schlußfolgerungen dauern die Verhandlungen mit den anderen Alliierten an. Die Alliierten sind im Prinzip vollkommen einig. Ueber die Tragweite des offiziellen Berichtes sind die Ansichten der Presse verschieden. Der nationalistic orientierte „Internationale“ erklärt: „Köln wird nicht geräumt werden“, während der sozialistische „Paris Echo“ schreibt: „Die Vorkonferenz wird am Sonntag über die Räumung von Köln beraten. England denkt an einen vermittelnden Kompromißvorschlag.“ Das sind die Angaben politisch verschiedener Zeitungen. Grobsetzungen wären nicht rarum. Der Rebell für die äußere Politik der Weltöffentlichung, „Information“, die zwischen beiden Richtungen steht, hat in letzter Stunde gehört, daß ein hier bereits ermitteltes Kompromiß erwogen wird: die Räumung von Köln soll ausgesetzt, die Räumung des Ruhrgebietes etwas beschleunigt werden.“

#### Amerikas mehr als akademisches Interesse.

Washington, 28. Dezember. Seitens hiesiger Regierungskreise verläutet inoffiziell, die amerikanische Regierung wird ein „mehr als akademisches Interesse“ an den Tag legen, falls sich durch die Nichterfüllung der Kölner Zone eine Verletzung des Dawesplanes ergeben sollte.

### Deutschland und der Völkerbund.

Die deutsche Note und ihre Folgen.

Im Genfer „Journal“ bespricht William Martin die deutsche Note an den Völkerbund. Es ist anzunehmen, daß er die in Genfer Völkerbundkreisen vorherrschende Auffassung wiedergibt. Er sagt: Deutschland wünsche in den Völkerbund einzutreten, aber es wolle in einem politisch-rassistischen Konflikt neutral bleiben und nicht verpflichtet sein, Polen zu verteidigen. In diesem sei für Deutschland das Risiko daselbst, ob es dem Völkerbund angehöre oder nicht. Denn es sei nicht zweifelhaft, daß die Völkerbundmitglieder, die zur Unterzeichnung Polens ausgingen, von Deutschland das Recht des Rücktritts verlangen würden, wodurch die Neutralität aufgehoben würde. Deutschland hätte, meint der Artikel, besser getan, den Artikel 18 des Völkerbundesvertrages der die Mitwirkung bei Sanktionen bespricht, anzunehmen und sich seiner zu bedienen, um eine Revision der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu erreichen. Was die Lösung der von Deutschland gestellten Fragen betrifft, so schließt Martin, daß die Mitglieder des Rates diese mit Recht abgelehnt hätten, denn weder der Völkerbundsrat, noch der Generalkonferenz seien hierfür zuständig, sondern allein die Völkerbundversammlung. Die Note Stresemanns bedeutet somit, daß auf die Tagessitzung der nächsten Völkerbundversammlung eine Erklärung des Artikels 18 des Vertrages gestellt wurde. Für deren Ratifikation seien alsdann zwei Jahre erforderlich.“

Dem Generalkonferenz des Völkerbundes ist von der Vereinigung zur Wahrung der Wirtschaftsverhältnisse des Saargebietes ein Telegramm zugegangen, das auch den Vorsitzenden der deutschen und französischen Delegationen bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen übermittelte wurde. Darin stellen die Vertreter der verschiedenen Wirtschaftszweige des Saargebietes mit tiefem Bedauern fest, daß bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen der außerordentlich kritischen Lage des Saargebietes keine Rechnung getragen würde. Die Unterzeichner bitten, so weit wie möglich eine Lösung des handelspolitischen Problems des Saargebietes zu suchen, das bedroht sei, von seinem Hinterland völlig abgeschnitten zu werden.“

Washington, 24. Dez. In hiesigen Regierungskreisen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Antwort des Völkerbundes auf die Note Deutschlands unter Umständen auch für Amerika von weittragender Bedeutung werden könne. Derselbe grundsätzliche Einwand, den jetzt Deutschland geltend mache, sei ja seinerzeit der Hauptliche Grund für die Ablehnung des Beitritts durch den amerikanischen Kongress gewesen. Sollte der Völkerbund jetzt Deutschland ein Ausnahmeverbot zu, daß es